

Burkina Faso: Bürgernahes Management von kommunalen Dienstleistungen

Burkinische Gemeinden verbessern den Zugang der Bevölkerung zu Basisdienstleistungen und lokaler Demokratie

Herausforderung

Fast die Hälfte der Bevölkerung Burkina Fasos lebt unterhalb der Armutsgrenze. Ihr Zugang zu sauberem Trinkwasser, Bildung oder Gesundheitsversorgung ist oft nicht sichergestellt. Mit der Dezentralisierung strebt die burkinische Regierung an, dass der Ausbau dieser Basisinfrastruktur durch die lokale Ebene bedarfsgerecht gestaltet wird, um die politische und sozioökonomische Teilhabe der Bevölkerung zu verbessern. Oftmals fehlt es den Gemeinden jedoch an den technischen und finanziellen Kapazitäten, um ihre Aufgaben fachgerecht wahrzunehmen.

Lösungsansatz

Das Vorhaben „Dezentralisierung und Kommunalentwicklung (PDDC) unterstützt die Umsetzung der burkinischen Dezentralisierung in vier Bereichen.

Steuerung der Dezentralisierung: Auf nationaler Ebene werden das für die Dezentralisierung zuständige Ministerium und das Sekretariat der nationalen Dezentralisierungskonferenz darin gestärkt, die Dezentralisierungsstrategie umzusetzen und ihre Fortschritte zu monitorieren. Die staatlichen Verwaltungsschulen werden darin begleitet, das nationale Ausbildungssystem für die Kommunalangestellten auszubauen. Zudem werden die Dachverbände der Gemeinden und Regionen darin unterstützt, ihre Interessen auf nationaler Ebene zu vertreten.

Lokale Demokratie und Rechenschaft: In 30 Gemeinden unterstützt das Vorhaben die Gewählten, zivilgesellschaftliche Strukturen und lokale Medien, besser



Projektname	Dezentralisierung und Kommunalentwicklung (PDDC)
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Region Ost und Südwest, 30 Gemeinden
Politischer Träger	Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation (MATD)
Gesamtlaufzeit	2005 – 2021, Phase V: seit 04/2018
Finanzvolumen	21.350.000 EUR (davon EU 1.900.000 EUR)

mit den Bürger/innen zu kommunizieren, über politische Entscheidungen zu informieren und die lokale Entwicklung partizipativ zu gestalten. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von Frauen und Mädchen. Zudem wird ein verbessertes Management der Gesundheitsdienstleistungen durch die Gemeinden gefördert.

Aus- und Fortbildung der lokalen Akteure: Zwischen den Partnergemeinden und den staatlichen technischen Diensten wird ein direkter Lernaustausch im Rahmen von thematischen Clustern gefördert. Darüber hinaus werden die kommunalen Ratsmitglieder dabei unterstützt, ihre Verantwortung aktiv auszuüben.

Erhöhung der finanziellen Ressourcen der Gemeinden: Zur Verbesserung der finanziellen Ressourcen der



Foto links: Fortbildung in kommunaler Bauherrenschaft. © GIZ

Foto rechts: Fortbildung von Frauen in lokalen Führungspositionen zu Redetechniken in öffentlichen Debatten. © GIZ



Ronald Redeker
Auftragsverantwortlicher
ronald.redeker@giz.de

Foto links: Der Bürgermeister von Gaoua während einer interaktiven Radiosendung mit der Bevölkerung. © GIZ

Foto rechts: Einweihung des regionalen Verwaltungsinstituts in Fada N'Gourma und Verabschiedung der Abschlussklasse 2015. © GIZ

Gemeinden und Regionen unterstützt das Vorhaben des Dezentralisierungs-, das Finanz- und die Sektorministerien (bspw. der Sektoren Wasser, Gesundheit, Bildung), den staatlichen Finanztransfer an die Gemeinden bedarfsgerecht zu gestalten. Gleichzeitig berät es in 21 Partnergemeinden die lokalen Akteure dabei, die kommunalen Eigeneinnahmen systematisch zu erhöhen.

Wirkungen in Zahlen ...

- Mehr als 21.000 Bürger*innen haben zwischen 2010 und 2018 in 30 Partnergemeinden an politischen Entscheidungsprozessen mitgewirkt. Insbesondere durch die wachsende Teilnahme von Frauen an diesen Prozessen haben 25 Partnergemeinden zwischen 2015 und 2017 Maßnahmen um 494% erhöht, die die Situation von Frauen und Mädchen verbessern, so beispielsweise Maßnahmen zur Erleichterung ihres Zugangs zu Wasser, Gesundheit und zur Förderung ihres Unternehmertum.
- 21 Gemeinden konnten ihre finanziellen Eigeneinnahmen zwischen 2016 und 2018 um 24% steigern.
- Seit 2012 haben die staatlichen Verwaltungsschulen mehr als 5000 kommunale Angestellte und gewählte Kommunalvertreter*innen aus- und fortgebildet. Im Rahmen der Beratung wurden erfolgreiche Praktiken aus den Partnergemeinden in die Entwicklung von 47 landesweit genutzten Ausbildungsmodulen eingebracht.
- Seit 2013 wurden zudem elf Handbücher sowie 28 Handreichungen und Leitfäden gemeinsam mit dem Ministerium erstellt. Diese wurden 2016 allen 361 gewählten Bürgermeistern und Präsidenten der Regionalräte überreicht.

... und in Geschichten

In der Gemeinde Bilanga im Osten Burkina Fasos erzielen heute Frauen ein monatliches Einkommen von bis zu 230 EUR mit Tätigkeiten wie Gemüseanbau, Seifenproduktion oder Gastronomie. 2016 hatten dort die lokalen Vereine bei einem „kommunalen Dialogtag“ die Gewählten aufgefordert, stärker in die Förderung der lokalen Ökonomie zu investieren. Die Gemeinde organisierte daraufhin Fortbildungen zu lokalem Unternehmertum, an denen zahlreiche Frauen teilnahmen.

Bis 2016 wurden kein Instrument des Personalmanagements in den 30 Partnergemeinden genutzt. Im Rahmen von Clustersitzungen, On-the-job-Trainings und Peer-Learnings lernten sie, einen Großteil dieser Instrumente anzuwenden und schließlich Zuständigkeiten, Prozesse und selbst Karriereverläufe der Kommunalbediensteten zu regulieren. Von den Vorteilen überzeugt, integrierte das für die Dezentralisierung zuständige Ministerium 2017 schließlich die verschiedenen, von der Maßnahme beförderten Bereiche des Personalmanagements in das Gesetz zum öffentlichen Dienst.

Über 250% Personen suchen heute zusätzlich die kommunalen Gesundheitszentren in Fada N'Gourma auf. Beraten durch das Vorhaben initiierte die zivilgesellschaftliche Organisation Todi Yaba dort in Kooperation mit dem Bürgermeister Fortbildungen zu den Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure im Gesundheitssektor. In der Folge wurden unter anderem Rechenschaftsmechanismen institutionalisiert, das medizinische Personal aufgestockt, der Medikamentenvorrat erhöht und der Verwaltungsfonds transparenter verwaltet.

Veröffentlicht von : Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Dag-Hammarskjöld Weg 1-5
D-65760 Eschborn
Deutschland
T: +49 (0)61 96 79-11 75
F +49 (0)61 96 79-11 15
Autor: R. Redeker, E. Schütz
Layout: GIZ
Stand : 03/2019
GIZ ist für den Inhalt dieser Präsentation verantwortlich

In Kooperation mit:
Im Auftrag von: Ministère de l'Administration Territoriale et
de la Décentralisation (MATD)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung (BMZ)

Postanschrift der BMZ Bonn BMZ Berlin
BMZ Dienstsitze: Dahlmannstraße 4 D-10963 Berlin
D-53113 Bonn T +49 (0)30 18
T: +49 (0)228 99 535-0
535-0
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de